

Sperrmauer-Museum Edersee erhalten

Petitionsausschuss

Berlin: (hib/MIK) Für die Erhaltung des Museums an der Staumauer der Edertalsperre in Nordhessen hat sich der Petitionsausschuss eingesetzt. Deshalb beschloss er am Mittwochvormittag (13. Dezember 2006) einvernehmlich, die zugrunde liegende Eingabe an die Bundesregierung "zur Erwägung" zu überweisen.

Der Petent hatte sich darin gegen die Kündigung der Räumlichkeiten des Museums durch das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) gewendet. Er führte aus, dass er im Jahr 2000 im ehemaligen Kraftwerksgebäude der Edertalsperre am Fuße der Sperrmauer in Edertal-Hemfurth ein Museum eröffnet habe. Darin werde vor allem über die Zerstörung der Talsperre am 17. Mai 1943 und das Schicksal der jüdischen Mitbürger des Edertals in der Zeit des Dritten Reiches und die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter beim Wiederaufbau der Sperrmauer 1943 informiert. Außerdem befinde sich eine Sonderausstellung zu dem verheerenden Luftangriff auf Kassel am 22. Oktober 1943 in dem Haus. Viele Gäste aus dem In- und Ausland hätten die Ausstellung in den vergangenen sechs Jahren besucht und sich positiv über das Museum geäußert. Lehrer hielten das Museum, nach dem sie es mit ihren Schulklassen besucht hätten, für pädagogisch wertvoll, so der Petent. Leider sei der Nutzungsvertrag im Oktober 2005 ohne Begründung gekündigt worden. Erst später habe er erfahren, dass es eine Auflistung von angeblichen Vertragsverletzungen seinerseits gebe, von denen er allerdings nie etwas erfahren habe. Nach Auffassung des Petenten macht die Entscheidung des WSA keinen Sinn. Unterstützt wurde er von zahlreichen Bürgern, die sich in einer Unterschriftenliste für den dauerhaften Bestand des Museums einsetzten.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses würdigten die Aktivitäten und das große Engagement des Petenten. Sie wiesen jedoch darauf hin, dass die Kündigung durch das WSA rechtens sei. Bei einem Ortstermin des Petitionsausschusses am 16. November 2006 habe der Petent mögliche Ausweich-Varianten für das Museum erläutern können. Wegen noch ungeklärter Finanzierung und fehlender Investoren für das neue Konzept sei aber zum jetzigen Zeitpunkt ein Auszug aus dem derzeit genutzten Gebäude nicht möglich und daher eine Übergangszeit notwendig. In einem Kompromiss erreichten die Abgeordneten dabei, dass der Vertrag um ein Jahr verlängert wurde. Anschließend solle das Museum an einem neuen Standort wieder eröffnet werden.